

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2890

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2890



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

**AHV
und
KMU
schwächen?**

X Am 29. November
NEIN

www.GSoA-nein.ch

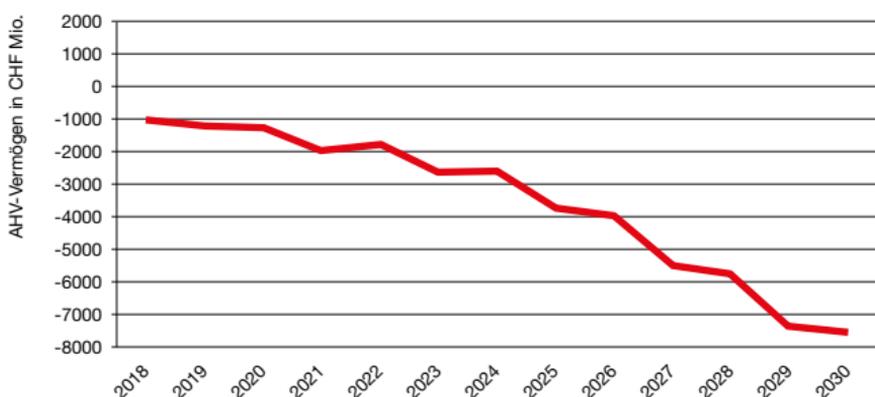
Komitee gegen GSoA-Initiative

zum Finanzierungs-Verbot der GSoA

NEIN zu teuren Verboten für AHV und Pensionskassen

Die starre GSoA-Quote verteuert die Geldanlage für unsere Altersvorsorge. Entweder beschränken AHV und Pensionskassen ihre Investitionen auf einzelne Firmen oder sie überprüfen jedes Jahr tausende von Unternehmen auf deren Umsatz mit Rüstungsmaterial. Die Folgen: steigende Risiken und hohe Verwaltungskosten. Die Renten werden unsicherer. **Die Initiative ist ein Angriff auf die soziale Sicherheit.**

AHV-Vermögen sinkt



Quelle: BSV-Perspektiven Juni 2018

Bis 2030 rechnet der Bund mit einem Loch in der AHV-Kasse von rund 8 Milliarden Franken. Die GSoA-Initiative belastet die AHV zusätzlich.



«Die Initianten haben mit dem Finanzierungs-Verbot das falsche Instrument gewählt. Die Initiative verfehlt die angepeilte Wirkung. Schaden anstatt Nutzen ist die Folge.»

**Beat Flach,
Nationalrat GLP**

NEIN zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze

Die GSoA-Initiative schädigt KMU und kostet Arbeitsplätze. Die Schweizer Rüstungsindustrie schafft Arbeitsplätze und Aufträge für KMU. Sie wird genau kontrolliert und die Exporte richten sich nach den Bestimmungen des Kriegsmaterialgesetzes. Die Initiative raubt Schweizer Firmen den Zugang zu Krediten. **Die Initiative ist ein Angriff auf Schweizer KMU und Arbeitsplätze.**



Wie Schweizer Firmen kriminalisiert werden

Die starre GSoA-Quote macht aus vielen Unternehmen «Kriegsmaterialproduzenten». Ausgerechnet KMU sind die Leidtragenden. Neben Alltagsprodukten fertigen sie auch Einzelteile und Baugruppen, die in Rüstungsgütern verbaut werden. Sie fungieren als Zulieferbetriebe. Ihr Umsatzanteil am Bereich Wehrtechnik variiert je nach Auftragslage und Jahr. Die GSoA-Initiative dreht ihnen den Geldhahn zu.



«Vielen KMU wird mit der GSoA-Initiative willkürlich der Zugang zu Krediten massiv erschwert. Das kostet am Schluss Arbeitsplätze.»

Fabio Regazzi,
Nationalrat CVP

NEIN zur politischen Bevormundung der Nationalbank

Das Finanzierungs-Verbot der GSoA bevormundet die Schweizerische Nationalbank. Die Initiative schreibt vor, wie die Nationalbank ihre Gelder anlegen soll. Das ist ein Angriff auf die Unabhängigkeit und schadet letztlich dem Schweizer Franken. **Die Initiative ist ein Angriff auf die Stabilität des Schweizer Francs.**



«Wir dürfen nicht ins operative Geschäft der Nationalbank eingreifen. Sie wird sonst zum Spielball der Politik.»

Maja Riniker,
Nationalrätin FDP

Wirksame Schweizer Armee auf inländisches Wehrtechnik-Know-how angewiesen

Die Initiative ist ein Angriff auf die Schweizer Armee. Die Schweiz gehört weder einer Verteidigungsallianz an, noch hat sie Anspruch auf militärische Unterstützung durch andere Staaten. Sie braucht Kompetenzen bei der Herstellung von Rüstungsgütern. **Es ist bedenklich, wenn AHV, Pensionskassen und Nationalbank Gelder nicht mehr in Schweizer Firmen investieren dürfen, die dazu beitragen, den Verfassungsauftrag der Verteidigung zu erfüllen.**

Die GSoA will ein radikales Finanzierungs-Verbot

Die GSoA (Gruppe Schweiz ohne Armee) will die Armee abschaffen. Das ist schon mehrmals gescheitert. Nun versuchen es die Armee-Gegner mit einem Verbot der Finanzierung von Rüstungsgütern. Dafür sieht die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» eine starre Quote vor: AHV, IV, EO und Pensionskassen, Stiftungen und Nationalbank wird die Finanzierung von Unternehmen untersagt, die mehr als 5 Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Rüstungsgütern erwirtschaften. Für Banken und Versicherungen sollen die gleichen Bedingungen gelten.

Die bürokratische Initiative schwächt unsere AHV und schadet vielen KMU. Sie verteuert die Anlagemöglichkeiten der Sozialwerke und erhöht die Risiken. Die Initiative verdient ein klares NEIN!

Die Initiative ist ein Angriff der Armeeabschaffer auf die soziale Sicherheit und auf die Nationalbank. Sie schadet der AHV, den Pensionskassen und vielen Schweizer KMU. **Die neue GSoA-Initiative gefährdet die soziale Sicherheit, Wirtschaft, Arbeitsplätze und den Schweizer Franken.**



«Die GSoA-Initiative gibt vor, für Frieden zu sorgen! Das Gegenteil ist richtig: Sie gefährdet die Sicherheit.»

**Werner Salzmann,
Ständerat SVP**

Ethisches Anlegen lässt sich nicht in die starre GSoA-Quote pressen

Ethisches Anlegen wird immer wichtiger. Allerdings braucht die nachhaltige Finanzierung keine willkürlichen Quoten, sondern klare Kriterien, auf die sich Anleger und Sparer tatsächlich stützen können.

Sie sagen NEIN

- × Bundesrat**
- × National- und Ständerat**
- × CVP, FDP, SVP und GLP-Fraktion**
- × economiesuisse, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Schweizerischer Pensionskassenverband, Swissmem, swissmechanics, Schweizerischer Versicherungsverband, SwissBanking**
- × Schweizerischer Verband für Seniorenfragen**
- × Kantonale Industrie- und Handelskammern sowie kantonale Gewerbeverbände**

× Am 29. November
NEIN